

DEUTSCHE VEREINIGUNG GEGEN POLITISCHEN MISSBRAUCH DER PSYCHIATRIE e.V. (DVpMP)

Gemeinnützige Körperschaft

Ehrenpräsident: Dr. med. Walter Ritter von Baeyer, em. o. Professor für Psychiatrie und Neurologie, Heidelberg

Vorsitzender: Dr. med. Friedrich Weinberger, Maximilianstraße 6, 8130 Starnberg, Tel.: 08151/6369

Sekretariat: Christine Gattinger, Konradstraße 9, 8045 Ismaning, Tel.: 089/967935

Spendenkonto: Deutsche Apotheker- und Ärztebank München, Konto-Nr. 00665750 (BLZ 70090606)

Rundbrief 1/83

= IAPUP-Bulletin Nr. 4 & 5

- deutsche Ausgabe

Januar 1983

INHALT

Seite

1.	Einführung	2			
2.	Editorial	3			
3.	Offizielle Psychiatrie	5			
3.1.	Weltverband (WVP)	5			
3.1.1.	EC-Sitzung in Kyoto	5			
3.1.2.	Gen.-Versammlung	6			
3.1.3.	Satzung	6			
3.1.4.	Wahlen	7			
3.1.5.	EC-Sitzung Marrakesch	8			
3.1.6.	Untersuchungsfälle	9			
3.1.7.	Noch einzureichende Fälle	10			
3.1.8.	Sowjet. (Nicht-) Antworten	11			
3.2	Nationale Gesellschaften	12			
	-1. Dänemark, -2. USA	12			
	-3. Schweiz -4. Kanada				
	-5. Frankreich	13	6.	Mißbrauch aktuell	32
	-6. Australien, -7. Niederlande, -8 Skandinavien	14	6.1.	Jugoslawien	32
	-9. Großbritannien	15		-2. Ungarn, -3. Argentinien	33
	-10.1. Bundesrepublik / DGPN	15		-4. Südafrika	
	-10.2. Stellungnahme 4. Juni	16	6.5.	Polen	34
	-10.3. Rede an die DGPN	17	6.6.	UdSSR	34
	-10.4. Mitgliederversammlung	19	6.6.1.	Entlassene, "Verschonte", Verstorbene	34
	-10.5. Entschließung vom 1. Okt.	21	6.6.2.	Gegenwärtig Internierte	38
	-10.6. Pressespiegel	22	6.6.3.	mit Internierung Bedrohte	45
4	Andere Organisationen	23	6.6.4.	Adressen der SPK	48
4.1.	Deutscher Ärztetag	23	7.	Widersacher vor Ort	49
4.3.	amnesty international	23	7.1.	Schicksale	49
5	IAPUP	25	7.2.	Darlegungen	51
5.3.	Grundsätze	26	8	Unabhängige Gutachten	52
5.4.	Mitgliedsgruppen	27	9.	Literatur / Kongresse	53
5.5.	Feature: Antipsychiatrie...	30	10.	Nachwort	55

THE INTERNATIONAL
ASSOCIATION

IAPUP

ON THE POLITICAL USE
OF PSYCHIATRY

Gen. Sekr.: Dr. Gérard Blès, Domus Médica
60 Bd. de Latour Maubourg, F 75007 PARIS

EINFÜHRUNG

Der vorliegende Rundbrief beinhaltet überwiegend die Informationen der Nummern 4 und 5. der englischen Ausgabe des IAPUP-Bulletins vom Juni bzw. Oktober 1982. Bei der Zusammenfassung dieses Materials gaben wir Acht, daß vom Inhalt Wesentliches nicht verloren ging. Gestrichen wurde nur, was die zeitliche Entwicklung überholt hatte. Sie begründete da und dort aber auch Ergänzungen (die meist durch Einklammerung gekennzeichnet wurden). Eine breitere Darstellung erfuhren insbesondere die einschlägigen Vorgänge in unserem Land (3.2.10). Die Quintessenz davon kam und kommt natürlich auch in den anderssprachigen Ausgaben des IAPUP-Bulletins zum Ausdruck, das inzwischen auf allen fünf Erdteilen regelmäßige, großenteils medizinisch/psychiatrisch tätige oder an politischen und Menschenrechtsfragen aktivanteilmehrende Leser hat.

Unsere (unmittelbare) Quelle ist, soweit im Text nichts anderes vermerkt ist (und soweit nicht eigene Beobachtungen wiedergegeben werden), Peter Reddaway, der an der London School of Economics and Political Sciences als Dozent wirkt und auf Grund seiner langjährigen Nachforschungen als "der" Kenner der Materie gilt. Die Übersetzung, Aufarbeitung, Ergänzung der Texte besorgten Dres. med. H. Bieber und F. Weinberger. Letzterer ist für den Rundbrief redaktionell verantwortlich.

(Vorwort zur nachträglichen Publikation in der GEP-Website

(.pdf-Konvertierung am 19.01.2012)

Ende 2004 erst stellten wir den Rundbrief auszugsweise noch ins Netz, weil er beispielhaft die vielseitige Arbeit dokumentiert, die wir über die Jahre in die Sache gesteckt haben, Vieles ist heute durch den Ablauf der Zeit überholt. Wie sich nationale und internationale Psychiater-Gesellschaften aber zu den Vorkommnissen „psychiatrischer Verfolgung“ stellten, das könnte, sollte zumindest in Deutschland weiter von Interesse sein.

Infolge der beim „Netz-Gang“ unvermeidlichen Formatänderungen strichen wir viele Bezugnahmen, die der Original-Text enthielt, die jetzt aber bedeutungslos wären. Einige aus späterer Sicht hinzugewonnene Erklärungen fügen wir in Kursivdruck an.)

EDITORIAL

In wenigen ethischen Fragen der Heilkunde besteht vom Prinzip her so viel Einmütigkeit, wie in der Frage des politischen Mißbrauchs der Psychiatrie. Ihn lehnt prinzipiell selbst jene Fachgesellschaft ab, die in ihn am größten verstrickt ist, die Allunionsgesellschaft der Neuropathologen und Psychiater (AUGNP) der UdSSR. Den Zwiespalt zwischen Wort und Tat "löst" sie, indem sie sagt, in ihrem Bereich gäbe es Mißbräuche nicht. Interniert werde wie anderwärts nur, wer psychisch krank und gefährlich sei. So geht die Auseinandersetzung immer "Wieder um die Frage, ob die Zwangsinternierung und -behandlung Oppositioneller Mißbräuche und jene krank sind oder nicht. Jedenfalls werden außer der AUGNP auch andere psychiatrische Gesellschaften, wie etwa die deutsche, nicht müde, die Mißbräuche - den

erdrückendsten Beweisen und selbst ihren eigenen bereits getroffenen Feststellungen zum Trotz - immer wieder in Frage zu stellen, sie zu verkleinern und damit möglichen Gegenmaßnahmen den Boden zu entziehen.

Andere freilich haben inzwischen klargemacht, daß sie die Perversion ihres Fachs nicht mehr zu tolerieren und - wenn sie sie schon nicht abstellen können - sich zumindest mit den Verantwortlichen nicht mehr gemein zu machen bereit sind. Der nächsten Generalversammlung des Weltverbands für Psychiatrie im Sommer 1983 in Wien wird der Antrag auf Ausschluß der AUGNP bzw. Aussetzung ihrer Mitgliedschaft im WVP vorliegen und es besteht hohe Wahrscheinlichkeit, daß sie ihm zustimmen wird!

Noch hat die AUGNP die Chance, solch blamablen Ausgang abzuwenden. Helfen können ihr jetzt freilich nur noch eine wirklich neue Art des Verhaltens, die reelle Abstellung des Mißbrauchs, die Entlassung aller Dissidenten, die keiner Behandlung bedürfen. Leider scheint die AUGNP statt dessen immer noch auf neue Tricks und Taktiken zu setzen.

Hat sie über die Jahre unabhängige, korrekte Nachuntersuchungen der Mißbrauchsoffer abgelehnt und westlichen Psychiatern ihre "speziellen" Fachkrankenhäuser versperrt, hat sie allein die Forderung nach solchem Zugang schon als "Einmischung in die inneren Angelegenheiten" abgelehnt, so bietet sie jetzt gewisse Einsichtnahmen an. Hat sie über die Jahre unsere Klagen, die Anfragen auch des WVP ignoriert, so gibt sie jetzt einige Informationen heraus - freilich ohne damit das Problem einer Klärung wirklich näher zu bringen. Nachdem sich die Ausschlußforderung verschiedener Fachgesellschaften vornehmlich auf die Weigerung der AUGNP, mit dem (Überprüfungskomitee des) WVP zusammenzuarbeiten, stützt, vollführt sie jetzt eine Scheinzusammenarbeit. Offensichtlich hofft sie, dadurch unter den westlichen Mitgliedsgesellschaften so viel Zögern und Unsicherheit auslösen zu können, daß ihr in Wien Unangenehmes erspart bleibt. Bei einigen dieser Gesellschaften, etwa der deutschen, die ihr ja bedeutet hat, wie gerne sie ihr jedes (Krümelchen von) "Bestreben, die vorgebrachten Klagen aufzuklären" anerkennen würde, mag solches auch verfangen, aber weltweit gibt es wohl für Augenwischereien kritische Kollegen schon zu viele und ihre Organisation in verschiedenen nationalen Fachgesellschaften und auch in IAPUP ist wahrscheinlich schon zu stark.

Auch ist die Presse jetzt zur Stelle. In der Bundesrepublik beschränkt sich zwar die publizistische Durchleuchtung des Problems immer noch auf einige wenige Blätter und die ärztliche Presse, die sonst jedes gesundheitspolitische Lüftchen stürmisch meldet, verdrängt oder verschleiert das eminente Thema des Mißbrauchs und der darum geführten Kontroverse weiterhin. In kaum einem anderen Bereich war über die Jahre besser zu studieren, was Informations- und Meinungsmanipulation ist. Seitdem sich aber insbesondere die FRANKFURTER ALLGEMEINE des Problems annimmt - und sie tat es in den letzten Wochen und Monaten in mehreren wohl fundierten, ausführlichen Berichten, erfahren über den Aussendekreis der DVpMP hinaus auch andere Ärzte in unserem Land, was in der Sache geschieht. Der grundsätzliche "publizistische Durchbruch" dürfte hier geschafft sein. Und einige unserer Kollegen, die - teilweise auch in Anlehnung an die "Antipsychiatrie" (s. 5.5.) - die Umfunktionierung des Fachs zum Straf- und Unterdrückungsinstrument allzu lange hingenommen haben, dürften jetzt begreifen, daß dabei selbst das gelehrteste Gebaren nichts mehr nützt.

Eine gewissenhafte Berichterstattung wird auch in Wien - ähnlich wie 1977 in Honolulu - wichtig für die Aufklärung und Abstellung der Mißbräuche sein. Entscheidend aber bleibt das Tun und Lassen der Psychiater. Gewiß haben einzelne von ihnen auch in unserem Land großen Einsatz geleistet. Ein Stück weit vorangekommen ist wohl auch unsere Fachgesellschaft. Nachdem es hier aber teilweise immer noch Attitüden gibt, die geeignet sind, uns ins Zwielicht zu bringen, bleiben wir deutschen Psychiater, dankbar für die Unterstützung aus Laien- und (allgemeiner) Ärzteschaft, im entscheidungsträchtigen Jahr 1983 weiterhin in unserer persönlichen Handlungsbereitschaft (s. 10.) und unserem Gewissen gefordert - jeder von uns.

STELLUNGNAHME DER DGPN ZUM MIßBRAUCH DER PSYCHIATRIE

vom 4.6.1982

1. Der **Vorstand** der DGPN hat erneut zahlreiche Mitteilungen über behaupteten Mißbrauch der Psychiatrie zum Zwecke der politischen Unterdrückung in mehreren Ländern, am häufigsten und zahlreichsten in der Sowjetunion erhalten.

2. Der **Vorstand** der DGPN wiederholt deshalb - und angesichts der Perversion der Psychiatrie durch den Nationalsozialismus mit besonderem Ernst - seine eindeutigen Verurteilungen (1) jeglichen Mißbrauches der Psychiatrie von 1972 bis 1977. Gleichzeitig betont der Vorstand der DGPN erneut, daß eine eindeutige Klärung solcher Vorwürfe nur konkret im Einzelfall (2) durch persönliche Untersuchung möglich ist.

3. Die persönliche Untersuchung von zwei aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik Deutschland emigrierten russischen Dissidenten, bei denen nach Angaben von Amnesty International ein Mißbrauch der Psychiatrie vorgelegen hat, durch eine kleine Kommission von Psychiatern hat in einem Fall den Verdacht einer psychiatrisch nicht begründeten stationären psychiatrischen Behandlung bestätigt, in einem anderen Fall hingegen keinen Anhalt für einen solchen Verdacht gefunden (3). Dies bestätigt die Annahme, daß der Mißbrauch der Psychiatrie tatsächlich besteht, sein Umfang aber möglicherweise überschätzt (4) wird und zudem unterschiedliche Normen - vielleicht weniger der psychiatrischen Diagnostik (5), wohl aber recht unterschiedlicher Handlungskonsequenzen - wirksam sind.

4. In dieser Situation beklagt der Vorstand der DGPN, daß ein von ihr bereits 1979 dem Weltverband für Psychiatrie eingereichter konkreter Einzelfall nach den vom Weltverband für Psychiatrie in Honolulu 1977 beschlossenen Verfahrensregeln nicht untersucht werden konnte, da die Sowjetunion die Mitarbeit verweigert hat.

5. Der Vorstand der DGPN wird seine Entscheidung, den Antrag des Royal College of Psychiatrists auf Ausschluß der sowjetischen Psychiater aus dem Weltverband für Psychiatrie auf dem Weltkongreß 1983 in Wien zu unterstützen, auch davon abhängig machen, inwieweit (6) es zu einer Klärung der zur Untersuchung beim Weltverband für Psychiatrie eingereichten Einzelschicksale gekommen ist.

Für den Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde (DGPN), Prof. Dr. R. Tölle, Präsident, 4.6.1982 (veröffentlicht in NERVENARZT (1982) 53:486, Hervorhebungen und Zahlenanmerkungen in Klammern W)

Anmerkungen hierzu:

(1) Die Stellungnahme der DGPN von 1972 las sich in ihrem Kernstück so: "Die DGPN hat weder die rechtliche Kompetenz noch eine reale Möglichkeit, tatsächliche oder vermeintliche Fälle des Mißbrauchs psychiatrischer Methoden und Institutionen für ideologisch - politische Zwecke in anderen Ländern zu Überprüfen und dazu Stellung zu nehmen " Dies die "eindeutige Verurteilung" des Mißbrauchs durch die DGPN von 1972!

(2) ...als stünde der Mißbrauch des Fachs doch noch in Frage, als hätte die deutsche Fachgesellschaft so doch noch Grund, ihre sowjetische Schwester gegen (dubiose) Klagen zu schützen.

(3) Zum Inhalt dieser Formulierung: Die mißverständliche Ausdrucksweise führte in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 6.10. bereits zur Falschmeldung, die Nachuntersuchung von Dissidenten hätte in der Bundesrepublik in einem Fall die sowjetische Diagnose (einer

Schizophrenie) bestätigt!! (Die DGPN aber ließ dort die Falschmeldung stehen und wiederholte sie jetzt gar – s. übernächstes Kapitel: Meyendorf W)

(4) Weil von zwei zur Nachuntersuchung vorgelegten Fällen einer (von ai) fälschlich vorgelegt wurde, spielt die DGPN flugs wieder den Mißbrauch herunter.

(5) Reinwaschung hier, Schuldzuschiebung zu anderen?

(6) Wie hatten die Briten, die Dänen, die Amerikaner formuliert?

POLITISCHER MISSBRAUCH DER PSYCHIATRIE - WAS GESCHIEHT? WAS BLEIBT ZU TUN?

Vortrag auf dem Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde (DGPN) in Münster am 1.10.1982 (hier gering überarbeitet) von F. Weinberger

(Anrede)

Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde (DGPN) hat in seiner Stellungnahme vom Juni 1982* die Realität des politischen Mißbrauchs unserer Disziplin zur Unterdrückung Andersdenkender nochmals bestätigt. Ich brauche angesichts beschränkter Redezeit deshalb das Geschehen nicht weiter auszuweisen, brauche nicht erneut Schicksale von Menschen darzulegen, die einzig auf Grund politischer oder religiöser Meinungsäußerungen die Pein und Erniedrigung erleiden, die eine psychiatrische Zwangsbehandlung für Gesunde darstellt. Darüber bieten auch draußen im Foyer Amnesty International wie auch die von mir vertretene Deutsche wie Internationale Vereinigung gegen politischen Mißbrauch der Psychiatrie reichlich Informationsmaterial an.

Ein Wort nun zum Umfang dieses Mißbrauchs: Er ist kaum je "überschätzt"* worden. Von unserer britischen Schwestergruppe, der Working Group on the Internment of Dissenters in Mental Hospitals" wurden bis jetzt etwas über fünfhundert einschlägige Fälle dokumentiert. Auch wenn diese nur die Spitze des Eisbergs sein sollten, so handelt es sich bei ihnen im Vergleich zu den Opfern anderweitiger Formen der Unterdrückung gewiß immer noch um eine eher kleine Zahl, aber andererseits eben doch um eine, die längst groß genug ist, Unruhe auszulösen: Stellt sich doch an ihr quasi eine neue Kategorie von Unterdrückung dar, die ob der sie überziehenden heilkundlichen Verbrämung gewiß besonders widerwärtig, vielleicht aber auch (im Sinn Orwellscher Futurologie) besonders zukunftsträchtig ist. Grund zur Unruhe jedenfalls seit langem für die Psychiater, Grund für sie insbesondere zur Reaktion. Bevor ich aber darauf näher eingehe, vorab nochmals zu den Positionen der Gegenseite.

Die Vertreter der Sowjetpsychiatrie, in deren Wirkungskreis die bekanntgewordenen "Mißbrauchsfälle zum allergrößten Teil fallen, haben sie über die Jahre in Abrede gestellt. Dazu gebrauchten sie einige Zusatzargumente. Sie kehrten etwa den hohen, vielfach auch von reputierten westlichen Fachkollegen anerkannten Stand ihrer Wissenschaft, ihres Fortbildungs- und Versorgungssystems heraus - und verschwiegen einige Absonderlichkeiten darin, die aus unseren internationalen Normen schlechtweg herausfallen. Oder findet etwa der sowjetdiagnostische Begriff der "Scheinnormalität", der tatsächlich jedermann nach Belieben als schizophren zu deklarieren erlaubt, irgendwo sonst auf der Welt noch Anwendung? Und - gibt es sonstwo noch Unterbringungsbestimmungen, die allein eine "aggressive Haltung gegenüber ... Organisationen und Institutionen" als ausreichenden Grund für eine Zwangsinternierung nennen? Solche Finessen der Diagnostik wie der rechtlichen "Handlungskonsequenzen"* haben sich in ähnlicher Weise als Voraussetzung und Mittel des Mißbrauchs erwiesen.

Als weiteres "Argument" aber führten die Sprecher der Sowjetpsychiatrie (etwa bei Weltkongreß für Psychiatrie 1977 in Honolulu und auch später) noch an, die von ihnen als unzurechnungsfähig deklarierten Dissidenten seien psychiatrisch anderswo nicht nachuntersucht worden. Es fehle der fachkundige Gegenbeweis. Nun sollten tatsächlich einige der Betroffenen, einige Emigranten auch in unserem Land, hier nach Art der Kunst noch nachbegutachtet werden und ich bitte bei der Gelegenheit die DGPN wie auch Sie, meine Kolleginnen und Kollegen, soweit nötig, um ihre Mithilfe. Jedoch hat es 1977 einschlägige Nachuntersuchungen sehr wohl bereits gegeben und es gibt sie seitdem erst recht, so in den Fällen von Leonid Pljuschtsch, Viktor Fainberg, Natalia Gorbanjewskaja, Pjotr Grigorenko und anderen. Die psychische Balance verschiedener anderer Dissidenten, zumindest das Fehlen von irgendwie in die Nähe der Gefährlichkeit führenden Krankheitserscheinungen sind gutachtlich von unabhängigen Psychiatern teilweise auch in der UdSSR selbst schon dargelegt worden, in vierzig Fällen allein von Dr. Alexander Voloshanovich, der bis 1980 in Moskau an der Arbeit einer entsprechenden Untersuchungskommission beteiligt war, der als einziger dieser Gruppe heute noch in Freiheit ist und der zur Stunde in diesem Saal unter uns weilt - bereit Ihnen Informationen aus erster Hand zu geben.

Als drittes "Argument" hielten die Sowjets noch entgegen, die an sie gerichtete Kritik sei antikommunistisch, antisowjetisch inspiriert. Die Kritik richtete sich jedoch immer und grundsätzlich gegen jeden politischen Mißbrauch des Fachs und machte nur in diesem Rahmen auf Grund der konkreten, über die Jahre vielhundertfach übereinstimmend bezeugten Vorkommnisse speziell die Sowjetunion namhaft. Auch berührte sie nie die Grundlagen ihres Regimes. Es gibt genügend kommunistische Staaten, die unser Fach nicht in vergleichbarer Weise ausbeuten und in Rumänien, von wo Mitte der siebziger Jahre ähnliche Mißbrauchspraktiken gemeldet worden sind, haben sie offensichtlich auf Grund des aufgekommenen weltweiten Protests in den letzten Jahren offensichtlich aufgehört. Wir meinen, daß auch die sowjetischen Machthaber von diesen Praktiken lassen können, ohne Schaden zu nehmen - und sind zuversichtlich, daß sie davon letztendlich auch lassen werden - anhaltenden, ernsthaften Widerstand, der den Mißbrauch unserer Disziplin endgültig unrentabel macht, vorausgesetzt.

Die Kampagne gegen die politische Verwendung der Psychiatrie ist nichts politisch Einseitiges, ja sie ist nicht einmal unbedingt Teil der universellen Menschenrechtsbewegung. Sie nimmt ihr innerstes Motiv vielmehr aus dem ethischen Prinzip der Heilkunde selbst, das den Ärzten seit Hippokrates gebietet, die ihnen sich anvertrauenden oder anvertrauten Menschen zu "bewahren vor Schaden und willkürlichem Unrecht"**. Sie entsprang dazu der intellektuellen Zumutung des Mißbrauchs. In ihrer Nichtschlüssigkeit forderten ja den psychiatrischen Sachverstand schon jene Gutachten des Serbski-Instituts heraus, die uns 1971 durch Wladimir Bukowski bekannt wurden ***. Herausfordernd blieben die Versuche der Beschönigung über die Jahre. Die angeführten "Argumente" und Dürftigeres noch setzte die Alluniongesellschaft der Neuropathologen und Psychiater der UdSSR auch unserem Weltverband für Psychiatrie (WVP) bis hin zur letzten Sitzung seines Exekutivkomitees im April dieses Jahres in Kyoto vor. Sie entzog sich seinen Bemühungen u. Aufklärung der vorgetragenen Klagen. Sie schnitt sie einfach.

Verschiedentlich haben sich die Psychiater darauf nun eingestellt. Im vergangenen November beschlossen das Königliche Kollegium der Psychiater Großbritanniens und bald darauf auch die dänische Fachgesellschaft, auf dem nächsten Weltkongreß für Psychiatrie 1983 in Wien den Antrag auf Ausschluß der Alluniongesellschaft aus dem Weltverband zu stellen. Für die Aussetzung ihrer Mitgliedschaft im WVP sprachen sich im vergangenen Juni die American Psychiatric Association und vor wenigen Tagen auf ihrer Jahresversammlung in Solothurn auch die Schweizerische Gesellschaft für Psychiatrie aus.

Der Vorstand der DGPN will, wie es in seiner Stellungnahme vom vergangenen Juni* hieß, seine diesbezügliche Entscheidung davon abhängig machen, inwieweit die Aufklärung der dem WVP zur Untersuchung eingereichten Einzelfälle vorankommt. So sehr diese Entschlie- ßung dem entgegenkommt, was die von mir vertretenen Kollegen für notwendig erachten, so halten wir doch insbesondere zwei Änderungen für wünschenswert. Einmal erscheint uns die Aufklärung von Einzelschicksalen als Kriterium der Entscheidung allein als nicht ausrei- chend. Wir sind Ärzte, deren Pflicht sich nicht in der Höhenluft akademischer Abklärung erschöpft, sondern die gehalten sind, konkret nach unserer Möglichkeit zu helfen. Kriterium für das Abstimmungsverhalten der DGPN in der nächsten Generalversammlung des WVP im Sommer 1983 muß deshalb vorrangig sein, daß alle, die aus nichtmedizinischen Gründen der- zeit in sowjetpsychiatrischen Anstalten leiden, bis dahin aus ihnen entlassen worden sind.

Zum anderen meinen wir, daß eine Entscheidung, die für unser Fach wohl bleibende Bedeu- tung haben wird, doch von der Mitgliederversammlung der Gesellschaft festgelegt und mitge- tragen werden sollte. Ähnlich wie es bei Briten, Dänen und Schweizern der Fall war, wird die Entscheidung demnächst auch unseren Kollegen in Holland, in Schweden, in Norwegen, in Kanada und anderwärts von ihren Vorständen vorgelegt werden. Warum sollte es bei uns an- ders sein?

Bei der Gelegenheit unserer Mitgliederversammlung sollten wir auch mit dieser Entscheidung zusammenhängende Modalitäten regeln, sollten insbesondere sicherstellen, daß sie - wenn sie getroffen ist - von unseren Repräsentanten tatsächlich auch vertreten und im Weltverband mit dem der DGPN entsprechenden Gewicht zur Geltung gebracht wird.

Darüber hinaus stünde es unserer Versammlung wohl an, Möglichkeiten der konkreten Hilfe- leistung für die Opfer des Psychiatriemißbrauchs wie für seine Opponenten vor Ort zu beraten und zu fördern und hier auch an die Kollegen Dres. Semjon Glusman und Anatoli Korjagin zu denken, die für die Redlichkeit unserer Berufsausübung langjährige Strafverfolgungen auf sich genommen haben.

Unsere Mitgliederversammlung, der heute abend aus mehr formellen Gründen eine Satzungs- änderung nahegelegt werden wird, käme es bei der Gelegenheit endlich auch zu, das Ethos der Disziplin, das mit ihrem Mißbrauch in neuer Breite und Tiefe aufgerührt worden ist, auch in die Statuten der Gesellschaft hineinzuschreiben, damit diese darin auch in Zukunft anrufbar ist, leichter anrufbar vielleicht, als sie es m mitunter in der Vergangenheit - zu sein schien.

Hier in Münster hat sich vor eine. Menschenalter der Bischof der Stadt Clemens August von Galen der in unser Fach eingedrungenen nationalsozialistischen Unmenschlichkeit entgegen- gestellt - Leuchtfeuer im damaligen Dunkel. Gegen das Verbrechen, das sich unter dem Druck totalitärer Machthaber in einem Teil der Welt heute hier breitgemacht hat, rief uns vor weni- gen Monaten in Münster der Deutsche Ärztetag auf. Er mahnte uns eindringlich an unsere Verpflichtung, der Verkehrung der Heilkunde gegen den Menschen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken und sei es durch den Ausschluß von Fachgesellschaften, die sich zu solcher Verkehrung hergeben. Auf die Entscheidung der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde in Münster heute abend wird die Öffentlichkeit, wird die Geschichte blicken.

Bezugnahmen:* Stellungnahme der DGPN zum Mißbrauch der Psychiatrie s. 3.2.10.2.; ** Eid des Hippokrates, Durant W.,

Das klassische Griechenland, Südwest, 1977; *** Bukowskij W., Opposition - eine neue Gei- steskrankheit in der Sowjetunion?; C. Hanser, 1971

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER DGPN AM 1. 10. 1982 IN MÜNSTER

(Behandlung des Themas Ethik bzw. Mißbrauch der Psychiatrie)

(Im Zug der Vorbereitungen zum Kongreß der DGPN hatten wir ihren Vorstand gebeten, den Kollegen Dres. Glusman und Korjagin als Zeichen der Anerkennung die Ehrenmitgliedschaft der Gesellschaft zu verleihen. Wir erhielten die Antwort, es wären dieses Jahr keine Vergaben von Ehrenmitgliedschaften geplant. *Glusman erhielt die Ehrenmitgliedschaft der DGPN jedoch 1990 auf Antrag ihres damaligen Präsidenten Dr. Meyer-Lindenberg anlässlich ihres 2-Jahres-Kongresses in Bonn, als er selbst längst in Freiheit war und er sich ganz der amerikanischen Psychiatrie- (und GIP-)linie ergeben hatte. Vgl. dazu RB 2/92, Kapitel 6, Ausführungen von Dr. Korjagin - W)*

Die Versammlung eröffnend gab der Vorsitzende, Prof. R. **Tölle** (Münster), bekannt, daß abweichend von der im Kongreßprogramm ausgedruckten Tagesordnung das Thema Mißbrauch der Psychiatrie zwischen TOP 6 (Neuwahlen) und 7 (Verschiedenes) eingefügt würde.

Unter TOP 4 standen Satzungsänderungen an. Dazu war satzungsgemäß vor Wochen den Mitgliedern der Änderungswurf des Vorstands zugegangen. Bei der Diskussion trug **Referent** vor, es sollte auch "die Sorge um die ethische Verwendung der Psychiatrie zum Wohl der Menschen" in den Statuten der Gesellschaft Erwähnung finden. Nach allem, was in der Psychiatrie schon geschehen sei und geschehe, früher in Deutschland, heute in anderer Weise in der UdSSR, sei ein solches Wort doch angebracht. Nachdem es aber aus formellen Gründen jetzt nicht beschlossen werden könnte, sollte es zumindest zu Protokoll genommen werden, um bei einer zukünftigen Satzungsänderung automatisch in den Änderungsentwurf des Vorstands einzufließen.

Dazu meinte Prof. H. **Helmchen** (Berlin), für einen Protokolleintrag bedürfte es einer Abstimmung. Prof. H. **Lauter** (München) u.a. sprachen sich decidiert gegen den Eintrag aus. Die Sorge um die ethische Verwendung der Heilkunde wäre so in ihr impliziert, daß ein ausdrücklicher Hinweis das Selbstverständliche nur in Frage stellte. Zum Schluß der Diskussion blieb offen, ob "die Sorge..." zu Protokoll genommen und bei einer erneuten Satzungsänderung vorgelegt werden würde oder nicht.

Aus den Neuwahlen (TOP 6) ging Prof. H. **Heimann** (Tübingen) als neuer Präsident hervor. Tölle wurde satzungsgemäß Vizepräsident:

Nach Aufruf des TOP "Mißbrauch der Psychiatrie" legte Prof. W. **von Baeyer** (Heidelberg) den Versammelten einen Entschließungsantrag vor, der den Ausschluß der AUGNP aus dem Weltverband für Psychiatrie (WVP) oder zumindest die Aussetzung ihrer Mitgliedschaft forderte - sofern bis zum Weltkongreß 1983 in Wien "nicht alle aus nichtmedizinischen Gründen psychiatrisch Internierten aus den sowjetischen Facheinrichtungen entlassen" wären. Prof. von Baeyer legte dar, daß er langjährig diese Dinge verfolgt hätte. Die Entscheidung wäre notwendig.

Prof. **Tölle** bat darauf das Auditorium um Meinungsäußerungen. Von dort kam die Antwort zurück, es wäre doch wünschenswert zu erfahren, was der Vorstand von dem Antrag hielte. Tölle darauf: Im Vorstand gäbe es dazu natürlich Meinungen, aber man wollte der Versammlung nicht vorgreifen.

Darauf Prof. H. **Ehrhardt** (Marburg): Er sei völlig gegen den Entschließungsantrag. Der Schlußsatz mit der Forderung nach Entlassung aller Internierten sei ja geradezu utopisch. Wie solle dies denn überprüft werden? (Zustimmung im Raum).

Auch sei eine solche EntschlieÙung insgesamt untauglich. Sie werde in der Generalversammlung des WVP keine Mehrheit finden. Das wä-re dann ein großer Propagandaerfolg der Sowjets. Wenn sie aber unwahrscheinlicher Weise doch angenommen werde, drohe mit dem Auszug aller Ostblockdelegierten das Auseinanderbrechen des Verbands.

Prof. E. **Lungershausen** (Erlangen) schlug statt des "utopischen" Schlußsatzes (der de facto ein realistisches und von niemanden mit dem Zollstock verfolgtes Ziel ausdrückt) eine weichere Formulierung vor - s. -10.5.

Prof. R. **Meyendorf** (München) legte dar, daß die letzte Stellungnahme der DGPN vom Juni d.J. (s. -10.2.) in einem Punkt ein wenig mißverstanden werden könnte. Es hieÙe da, der Vorstand der DGPN habe "in einem Fall den Verdacht einer psychiatrisch nicht begründeten stationären psychiatrischen Behandlung bestätigt, in einem anderen Fall hingegen keinen Anhalt für einen solchen Verdacht gefunden". Er, der an diesen Nachuntersuchungen beteiligt gewesen sei, möchte darauf hinweisen, daß es sich in diesem zweiten Fall um einen Dissidenten handelte, der in der UdSSR zwar verfolgt, aber von kürzeren Vorladungen abgesehen mit der Psychiatrie gar nicht in Berührung gekommen sei, der also gar nicht in die Kategorie des hier zur Diskussion stehenden Personenkreises falle.

Darauf Prof. H. **HeImchen** (Berlin): Der DGPN-Vorstand hätte in der Angelegenheit viel mehr unternommen, als nach außen hin zum Ausdruck gekommen sei. Er selbst wäre nach London zum Internationalen Sekretariat von ai gefahren, wo man ihm u.a. die bei den Fälle von behauptetem Psychiatrie-Mißbrauch vorgelegt und um ihre Nachuntersuchung gebeten habe. Der DGPN-Vorstand hätte nicht von vornherein erkennen können, daß der eine Fall nicht "hergehörig" wäre. Deshalb sei die Formulierung der DGPN-Stellungnahme vom Juni d.J. (s. -10.2.) richtig. Auch wäre es geläufig, daß politische Gedanken, bei Gesunden vorkommende Gedanken, auch bei Kranken vorkämen, die behandlungsbedürftig wären.

Prof. K. **Dörner** (Gütersloh) äußerte, er wäre überzeugt, daß es den Mißbrauch der Psychiatrie tatsächlich gäbe. In der DDR hätten ihm Kollegen ganz offen erklärt, daß die Behörden sie anhielten, Unruhestifter aus dem Verkehr zu ziehen. Er sei aber gegen den vorliegenden EntschlieÙungsantrag. Auch während der Nazi-Zeit hätten noch bestehen gebliebene internationale Kontakte am ehesten ethischen Haltungen unter den deutschen Psychiatern aufrechterhalten, hätten Schlimmeres verhindert.

Referent begründete jetzt nochmals den Antrag. In der Angelegenheit wäre eine klare und korrekte Antwort nötig. Auch die letzte Stellungnahme der DGPN vom Juni d.J. stimme ja in einzelnen Punkten nicht. Er führte verschiedene Fehler auf - analog den "Anmerkungen" (s.o.). Er fragte Vorstand und Versammlung, unter denen sich ein deutliches Übergewicht für eine erneute Schonung des Übels und der Übeltäter abgezeichnet hatte, ob sie denn ihre westlichen Kollegen etwa in Großbritannien, in den USA, in der Schweiz, die auf die klaren Fakten klare Antworten gäben, für lauter Heißsporne hielten und fragten sie, ob sie, wenn sie so sehr den Auszug der Sowjets aus dem Weltverband fürchteten, nicht auch einen Auszug der Amerikaner, der Engländer oder anderer fürchten wollten. Zu einem solchen könnte es ja kommen, wenn über einem Verhalten wie dem ihren die nächste Generalversammlung des WVP die Antwort schuldig bliebe - und sie, die deutschen Psychiater, dann "mit den Schindern alleine auf der Bank sitzen" blieben. (Unruhe daraufhin im Saal)

Immerhin griff nun Prof. Lungershausen den EntschlieÙungsantrag von Prof. von Baeyer und Ref. wieder auf - wobei er jetzt freilich seinem ersten (o.g.) Änderungsvorschlag noch einen weiteren nachschob dahingehend, daß die DGPN den Ausschluß der AUGNP aus dem Weltverband nicht befürworten müÙte, sondern eine Befürwortung auch nur "erwägen" könnte.

Der Vorstand fragte daraufhin Prof. von Baeyer, ob er mit einem so geänderten Resolutionstext einverstanden wäre. Dieser antwortete, der Antrag werde von einer Gruppe getragen. Auch wenn er ihr Ehrenpräsident wäre, fühlte er sich nicht berechtigt, den Antrag eigenmächtig abzuändern. Er hielt ihn unverändert aufrecht. Der Antrag kam darauf zur Abstimmung. Er erhielt in dem etwa zweihundert-köpfigen Gremium elf "Ja"-Stimmen.

Bevor der Antrag dann in verwandelter Form nochmals zur Abstimmung kam, schlug Prof. **Tölle** noch eine weitere Änderung vor, nämlich eine ergänzende Bezugnahme (zu Beginn der Resolution) auf die Stellungnahme des DGPN-Vorstands vom 4. Juni d.J. Der Entschließungsantrag mit den Veränderungen am Anfang und am Schluß fand - unterü, ob die DGPN den Ausschluß der Sowjets oder die Aussetzung ihrer Mitgliedschaft im WVP gegebenenfalls befürworten oder eben die Befürwortung "erwägen" sollte, war die Mehrheit für's Erwägen.

Über den gesamten abgeänderten Antrag wurde nicht mehr abgestimmt. FW

ENTSCHEIDUNG DER DGPN VOM 1. OKTOBER 1982

(hervorgehoben die von der *Mitgliederversammlung* angebrachten Veränderungen am Text von Prof. v. Baeyer und Ref.)

Die *Mitgliederversammlung* der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde (DGPN) hat den Beschluß des britischen Royal College of Psychiatrists vom 20. November 1981 *und die Stellungnahme des Vorstandes der DGPN vom 4. Juni 1982* (1) zur Kenntnis genommen, die feststellten daß

1. entgegen den Mahnungen des Weltverbandes für Psychiatrie von 1977 der systematische Mißbrauch der Psychiatrie zu politischen Zwecken. in der UdSSR weiter fortgesetzt wird und
2. die sowjetische Allunionsgesellschaft der Neuropathologen und Psychiater (AUGNP) bis jetzt jede Zusammenarbeit mit dem Untersuchungskomitee des Weltverbandes für Psychiatrie zur Aufklärung der gegen sie erhobenen Klagen verweigerte.

Die Aufklärung hat die AUGNP auch in einem Fall verweigert, den die DGPN selbst dem Verband zur Untersuchung vorgelegt hat. Nachdem die DGPN darüber hinaus auch durch eine eigene Nachuntersuchung das tatsächliche Vorkommen des Mißbrauchs bestätigt fand, wird sie *erwägen* (2), zusammen mit dem Royal College of Psychiatrists und im Verbund mit anderen Fachgesellschaften auf dem nächsten Weltkongreß für Psychiatrie 1983 in Wien den Ausschluß der AUGNP aus der psychiatrischen Weltgemeinschaft, zumindest aber die Aussetzung ihrer Mitgliedschaft im Weltverband für Psychiatrie zu befürworten, sofern *die AUGNP bis dahin nicht das Bestreben erkennen läßt, die gegen sie vorgebrachten Klagen in Zusammenarbeit mit dem Weltverband für Psychiatrie zu klären beziehungsweise zu entkräften* (2).

Anmerkungen hierzu (W):

(1) Damit schloß die DGPN auch formell an ihre früheren Stellungnahmen einschließlich der von 1972 an (s. Anmerkung 1), ließ der DGPN-Vorstand seine *meist unwahren, ausweichenden Stellungnahmen von der Mitgliederversammlung absegnen*. (2) Das "Erwägen" der DGPN und das "Bestreben" der AUGNP könnten es wohl mit einander aufnehmen'.

PRESSESPIEGEL

Psychiatrien - Patienteninhaftierung verurteilt

(ÄRZTE-ZEITUNG vom 5.10.02 unter o.g. Überschrift)

„Neu-Isenburg (eb). Die Kampagne gegen die politische Verwendung der Psychiatrie ist nichts politisch Einseitiges, sondern sie legitimiert sich vielmehr aus dem ethischen Prinzip der Heilkunde selbst, das den Ärzten seit Hippokrates gebietet, die ihnen anvertrauten Menschen zu "bewahren vor Schaden und willkürlichem Unrecht".

Anläßlich der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde in Münster setzte sich Dr. F. Weinberger mit dem Problem des politischen Mißbrauchs der Psychiatrie in der UdSSR zur Unterdrückung Andersdenkender auseinander.

Grund zur Unruhe bestehe für jeden Psychiater. Wie Dr. Dr. Weinberger ausführte, sind allein von der britischen Working Group on the Internment of Dissenters in Mental Hospitals bis jetzt etwas über 500 einschlägige Fälle dokumentiert.

Dr. Weinberger machte klar, daß sich die Kritik nicht von antisowjetischen Interessen leiten lasse, sondern sich gegen jeden politischen Mißbrauch der Psychiatrie wendet.

Zu diesem Thema hat die Mitgliederversammlung auf der Tagung die folgenden Resolutionen verabschiedet: Die Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde (DGPN) hat den Beschluß des britischen Royal College of Psychiatrists vom 20. November 1981 und die Stellungnahme des Vorstandes der DGPN zur Kenntnis genommen, die feststellten, daß

1. entgegen den Mahnungen des Weltverbandes für Psychiatrie von 1977 der systematische Mißbrauch....“ (usw. Insgesamt eine der seltenen korrekten Stellungnahmen, die in der Ärzte-Presse je zu dem Problem des Psychiatriemißbrauchs erschienen sind W).

In den Tageszeitungen stand es teilweise noch deutlicher:

Jetzt gibt es keine Ausreden mehr

FAZ vom 30.09.1982

Der "Arbeitskreis Medizin-Psychologie" der Sektion der Bundesrepublik von „amnesty international" hat aus Anlaß des Kongresses der „Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde" (DGPN). der an diesem Donnerstag in Münster beginnt, erdrückende Beweise für den politischen Mißbrauch der Psychiatrie in der Sowjetunion vorgelegt. Der Arbeitskreis schildert den Leidensweg von 13 Verfolgten. Das vom Arbeitskreis zitierte Wort eines sowjetischen Arztes mag kennzeichnend für die Dunkelheit sein, in der sich diese Menschen befinden: „Ich werde Sie, einen Feind der Sowjetunion, durch und durch behandeln. Ich werde Sie zu einem wirklichen Irren machen."

DIE WELT vom 15.-16.01.1983

... Am tiefsten schürfte wahrscheinlich Dr. Bles, ein französischer Psychiater, der gegenwärtig als Sekretär von IAPUP wirkt: "Die politische Unterdrückung schützt nicht gegen Kritik. In gewisser Weise beweist sie geradezu, daß es Kritik gibt. Nur der Einsatz der Psychiatrie macht Kritik nichtig, sie ist einfach nicht mehr da. Das Regime sagt: Er ist verrückt, das ist ein Jammer. Aber wir sind human und nehmen uns des Unglücklichen an." Die nachhaltigsten Initiativen gehen von der britischen Gruppe aus ("Working Group on the Internment of Dissenters in Mental Hospitals"). Die Engländer profitieren davon, daß sich der britische Gesamtverband der Psychiater ("Royal College of Psychiatrists") voll mit ihnen solidarisiert. Die "Deutsche Vereinigung gegen politischen Mißbrauch der Psychiatrie e. V." (DVpMP) hat ihren Sitz in München. Sie wird allerdings - vorerst - von der "Deutschen Gesellschaft für

Psychiatrie und Nervenheilkunde (DGPN)" noch nicht in dem Maße unterstützt wie etwa die Engländer von ihrem Dachverband oder wie die Franzosen von dem ihren.

Protest gegen den politischen Mißbrauch der Psychiatrie

SZ vom 06.10.82 (s. 3.2.10.2. – Anmerkung (3))

Ihr Antrag , auf dem nächsten Weltkongreß für Psychiatrie 1983 in Wien den Ausschluß der sowjetischen Psychiater aus dem Weltverband - zumindest aber die Aussetzung ihrer Mitgliedschaft - zu befürworten, ,wurde indes diplomatisch entscheidend abgeschwächt. Die deutsche Fachgesellschaft entschloß sich, zunächst einmal diesen Schritt nur zu erwägen.

Die dänische und die britische Fachgesellschaft haben nach einer Reihe von sanfteren Vorwarnungen wegen des offensichtlichen Mißbrauchs der Psychiatrie bereits kategorisch den Ausschluß der sowjetischen Psychiater-Vereinigung gefordert; die Schweizer Fachgesellschaft hat zunächst auf Aussetzung der Mitgliedschaft plädiert. Innerhalb der deutschen Psychiatrie sind die Meinungen über eine solche Maßnahme noch gespalten. Deutsche Psychiater haben in jüngster Zeit zwei aus der Sowjetunion entkommene oder ausgewiesene Dissidenten untersucht, die von sowjetischen Fachkollegen mit der Diagnose "Schizophrenie" belegt worden waren. Die Nachüberprüfung bestätigte in dem einen Fall die Diagnose, der andere untersuchte Dissident war psychisch völlig gesund.

„Sie werden im Weltverband mit den Schindern allein auf der Bank sitzen“

(FAZ vom 04.10.1982 - die mit Abstand deutlichste, letztlich die einzig treffende Kritik, die am Psychiaterverhalten in der deutschen Presse je erschienen ist - W)

Lgn. MÜNSTER, 3. Oktober. "Sie werden im Weltverband für Psychiatrie mit den Schindern allein auf der Bank sitzen." Das sagte der Starnberger Arzt Weinberger auf der Mitgliederversammlung der "Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde": Er gab damit seiner Verbitterung über die Haltung von Diskussionsteilnehmern Ausdruck.

Die Forderung, es solle dann zum Ausschluß der sowjetischen Fachgesellschaft kommen, wenn bis zum Wiener - Kongreß "nicht alle aus nichtmedizinischen Gründen psychiatrisch Internierten aus den sowjetischen Facheinrichtungen entlassen worden" seien, sei eine Utopie, meinte ein früherer Präsident der "Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde in der Diskussion. Es komme nicht darauf an, um wie viele Fälle von Psychiatrie- Mißbrauch es sich handle. Der Redner gab Mitgefühl mit den Psychiatrieopfern in der Sowjetunion nicht zu erkennen.

Ein anderer früherer Präsident, der sich im Namen des Vorstandes der "Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, und Nervenheilkunde für direkte Kontakte mit der sowjetischen Psychiatergesellschaft zur Überprüfung von Klagen aussprach und dabei die Wichtigkeit der Möglichkeit persönlicher Untersuchung hervorhob, meinte im Zusammenhang mit der Schwierigkeit, zweifelsfrei einen Fall von Mißbrauch feststellen zu können, man wisse, daß ein Mensch zwar gesunde Auffassungen haben, aber dennoch (im psychiatrischen Sinne) krank sein könne. Diese Auffassungen oder Ideen seien dann der Grund für eine Internierung.

Professor Walter Ritter von Baeyer, der Ehrenpräsident der "Deutschen Vereinigung gegen politischen Mißbrauch der Psychiatrie" und frühere Vizepräsident des Weltverbandes für Psychiatrie, verteidigte den Resolutionsantrag auf Ausschluß der Sowjets aus dem Weltverband.

Zuvor hatte der Anfang 1980 nach London emigrierte sowjetische Psychiater Wolschanowitsch die Teilnehmer des Kongresses zu einem harten Vorgehen gegen die Sowjeti-

sche Gesellschaft für Neuropathologie und Psychiatrie aufgefordert. Er habe in der Sowjetunion 40 Fälle selbst untersucht.

Unmenschlichkeit ignoriert

Leserbrief in der FAZ vom 04.11.1982

Es erscheint kaum glaublich, daß man nur vier Jahrzehnte nach den deutschen Erfahrungen mit der Vernichtung "lebensunwerten Lebens" bereit ist, im Prinzip entsprechend unmenschliche Praktiken der Gegenwart zu ignorieren nur um ein Ausscheiden der Sowjets aus dem Weltverband für Psychiatrie zu vermeiden.

Jörn Ziegler, Vorstandssprecher, Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Frankfurt

MELDUNGEN AUS ANDEREN ORGANISATIONEN

Entschließung des Deutschen Ärztetags 1982

Im Mai 1982 faßte der Deutsche Ärztetag in Münster mit großer Mehrheit folgende Entschließung:

"Immer noch und immer wieder werden in verschiedenen Ländern der weltpolitisch Andersdenkende durch Zweckentfremdung medizinischer Kenntnisse und Einrichtungen unterdrückt. Der Deutsche Ärztetag verurteilte erneut und im Einklang mit der Resolution des Weltärztebundes von 1981 in Lissabon diese Praktiken und solidarisiert sich mit allen, die sich gegen die Zumutung", ihren Mitmenschen körperlichen oder seelischen Schaden zufügen zu sollen, zur Wehr setzen und dabei selbst Verfolgung erleiden.

In den internationalen Fachverbänden dürfen diese Verhältnisse nicht übergangen werden. Dies gilt auch und insbesondere für den allseits bekannten Mißbrauch der Psychiatrie, deren Einrichtungen ein bevorzugtes Objekt politischer, staatlicher Übergriffe sind. Konsequenzen in Gestalt von Einwirkungen auf die betroffenen nationalen Verbände bis hin zum Ausschluß als letztem Mittel sind unerlässlich, wenn die deutsche und internationale Ärzteschaft ihre Verpflichtung gegenüber den Opfern der Unmenschlichkeit gerecht werden sollen. "

(Nachtrag: Wie 1974 erfolgte die Stellungnahme des Ärzteparlaments auf unser Drängen hin. Wie 1974 vermied es die Ärzterepräsentanz jedoch auch diesmal, den Ort des Geschehens zu nennen. Der politischen Psychiatriemißbrauch fand ja weder „in verschiedenen Ländern“ noch auf dem Mond statt, sondern systematischer Weise nach allen damals eingehenden Informationen in der damaligen Sowjetunion. Den internationalen Druck auf sie zu verstärken, war Sinn der Demarche, der sich die Ärzte damit wieder elegant entzogen).

Schwedische Radiologen-Gesellschaft unterstützt Fachkollegen

Folgender Brief ging kürzlich an die Behörden der UdSSR ab: "Unsere Gesellschaft...bittet hiermit, die Gründe zu erfahren, aus denen Dr. Ternowsky verhaftet worden ist. Wir wissen, daß er die Verwendung der Medizin als Instrument der Versklavung angeprangert hat...Jeder Arzt achtet den hippokratischen Eid...Wir werden das Schicksal Dr. Ternowskys mit ernster Sorge weiter beobachten. Dr. H. Jorulf, Sekretär" - Universitätsklinik S-75014 Uppsala. - Ternowsky war Radiologe am 1. Medizinischen Institut in Moskau und bis zu seiner Verhaftung 1980 Mitglied der dortigen Arbeitskommission. . . "

Amnesty International

Das Internationale Sekretariat von ai bereitet Material "über Medizin und politische Internierung" vor. Es soll auch einen Abschnitt über die politische Verwendung der Psychiatrie enthalten. Es wird an nationale Mitgliedssektionen und medizinischen Organisationen versandt

werden und wird bei medizinisch ausgerichtete Kampagnen im kommenden Jahr Verwendung finden.

(Der "Arbeitskreis Medizin-Psychologie" der bundesdeutschen Sektion von ai brachte zum Kongreß der DGPN Ende September eine gut ausgestattete, informative Schrift zum Problemkreis heraus. Sie enthielt auch Informationen der IAPUP. Ein Sprecher des Arbeitskreises unterstrich beim Kongreß, daß ai keine Handlungsempfehlungen geben, sondern nur informieren wollte. Er übergab eine Liste von 14 Fällen (denen von Baranow, Dawidow, Iwanow- Nikolow, Klebanow, Kuma, Lipinskaja, Lupinos, Moisejew, Nikitin, Oschegow, Ponomarjow, Skotschok, Sorokin und Schicharew - einige von ihnen weniger gut dokumentiert. Die DGPN versprach, sich der Fälle annehmen zu wollen (s. 3.2.10.1.). ai ermöglichte auch Dr. Voloshanovich (s. 8.2.), am Kongreß teilzunehmen und eindringlich ihn anzusprechen. Die Stellungnahme des DGPN-Vorstands vom Juni 1982 (s. 3.2.10.2.) haben Sprecher des Arbeitskreises gebilligt (*eine deutliche Diskrepanz uns gegenüber damit anzeigend*) (.....)

(Auch eine Stellungnahme von IAPUP, die in RB 1/83 stand, berichtend u.a. von einem Treffen der Vertreter des damaligen internationalen Verbandes im November 1982 in München, ist es wert, erneut abgedruckt zu werden. Über den hier nochmals festgehaltenen Grundsätzen gab es später grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten, die mit zur Trennung führten).

Grundsätze von IAPUP

IAPUP ist eine Konföderation von nationalen Gruppen oder Komitees, die dem politischen Mißbrauch der Psychiatrie entgegentreten, wo immer er vorkommt. IAPUP tritt für die Freilassung aller direkten wie indirekten Opfer solchen Mißbrauchs ein. IAPUP ist unabhängig von jeder politischen oder konfessionellen Organisation.

IAPUP nimmt Mitgliedschaften einzelner Psychiater oder anderer interessierter Personen an. Diese Mitglieder müssen jedoch einer IAPUP-Mitgliedsgruppe in ihrem eigenen Land angeschlossen sein oder - wenn eine solche nicht besteht - der nächst geeigneten Gruppe.

IAPUP

- sammelt, prüft und verbreitet alle die politische Verwendung der Psychiatrie betreffenden Informationen
- fördert internationale Kampagnen zur Abschaffung solcher Mißbräuche
- koordiniert die Aktionen, die von den verschiedenen Gruppen mit gleicher Zielsetzung unternommen werden
- interveniert direkt oder über ihre Mitgliedsgruppen bei den verschiedenen psychiatrischen Gesellschaften, damit diese in ähnlicher Weise innerhalb der wissenschaftlichen Weltgemeinschaft zu handeln vermögen.

IAPUP baut ihre Aktivität auf die Objektivität ihrer Information und auf die Achtung der beruflichen Ethik der Psychiater.

Vielfach wurde die Psychiatrie damals von der Antipsychiatrie angegriffen. Diese erfreute sich gleichwohl der Hochschätzung der im 68er Protest weithin mitsegelnden Spitzenvertreter der Psychiatrie wie auch - das wurde später noch duetlicher - hochmöglicher Politiker. Sie äußerten sich oft gar deckungsgleich. Grund eine von damaligen IAPUP-Mitstreitern kommende Korrektur erneut mit ins Blatt zu setzen. W

Feature:

Prof. Charles Durand - Dr. Ion Vianu, Genf (...)

ANTIPSYCHIATRIE UND POLITISCHE REPRESSION

Anfang der siebziger Jahre wurde uns die dramatische Lage bekannt, in welcher sich manche Intellektuelle in der Sowjetunion befanden. Politische Dissidenten wurden dort vielfach als Geisteskranke betrachtet und in psychiatrische Krankenhäuser gesteckt, vielfach in psychiatrische Gefängniskrankenhäuser.

In dieser Zeit erreichte auch die Verbreitung der antipsychiatrischen These ihren Höhepunkt, die da behauptete, es gäbe keine Geisteskrankheit. Das, was man so nenne, wäre nur ein Mythos - bestimmt dazu, die Nonkonformisten, die von einer repressiven Gesellschaftsordnung Abweichenden aus dem Verkehr zu ziehen.

"Mitläufer des Gedankens" (HENRY EY) ist, daß die politischen Abweichler (die ja nicht krank sind) mit gleichem Recht oder zu nicht größerem oder geringerem Unrecht in psychiatrische Einrichtungen gesteckt werden wie die wirklich Kranken, die freilich nach dieser Ansicht auch nicht krank sind ...

So stellt für die Antipsychiater die mißbräuchliche Verwendung der Psychiatrie zu politischen Zwecken nur den Sonderfall der Anwendung einer Psychiatrie dar, die nach ihnen überhaupt nichts anderes als ein Repressionsinstrument ist, das von der Gesellschaft, den Machthabern benützt wird, Opponenten zu eliminieren und sie zu "korrigieren".

Am meisten überrascht wurden von dieser Ansicht gewiß die Opfer der politpsychiatrischen Repression der UdSSR selbst, die versicherten, Jahre der Asylierung an der Seite wirklich Geisteskranker zugebracht zu haben (vgl. z.B. den Dialog des "psychiatrisierten Dissidenten Viktor Fainberg mit dem Antipsychiater David Cooper in "Der eingekreiste Wahnsinn", Edition Suhrkamp, 1979, S. 49-51).

Man übertreibt nicht, wenn man die Position der Antipsychiater als simple Mystifikation qualifiziert. Die Geschichte der psychiatrischen Einrichtungen der letzten zwei Jahrhunderte im Westen berichtet gewiß von einzelnen Fällen, in den versucht wurde, Opponenten das Erscheinungsbild von Geisteskrankheiten zu geben wie etwa in dem Fall des amerikanischen Dichters Ezra Pound, der wegen seiner profaschistischen Haltung während des zweiten Weltkriegs viele Jahre in einem psychiatrischen Hospital in Washington zubringen mußte.

Ein solcher Fall stellt jedoch hier die Ausnahme dar. Niemals wurde im Westen eine Theorie entwickelt, die Opposition der Geisteskrankheit annäherte. Niemals war der Westen Schauplatz eines systematischen Psychiatriemißbrauchs.

Wem nützt die antipsychiatrische Theorie, der jede wissenschaftliche Fundierung und jede Glaubwürdigkeit abgehen? Gewiß nicht den Hunderten von Gewissensgefangenen in den psychiatrischen Kerkern der UdSSR.

Indem sie den Kranken als Abweichler deklarieren, mit anderen Worten indem sie den Zustand von Krankheit und den von Opposition in ein und den gleichen Topf werfen, halten die Antipsychiater eine gefährliche Verwirrung aufrecht, die geeignet ist, der Unterdrückung unter dem Deckmantel der Psychiatrie zuzuarbeiten. Aus diesem Grund richten sich unsere Bemühungen, der politischen Internierungspraxis ein Ende zu setzen, auch gegen die Theorie der Antipsychiater.

Nur ein auf gründlicher, sorgfältiger Forschung basierendes Konzept von psychischer Krankheit, das selbstverständlich ständiger wissenschaftlicher Revision unterworfen bleiben muß, kann helfen, die Flut der Unterdrückung einzudämmen, die (unter psychiatrischer Flagge) gegenwärtig über die UdSSR hinweggeht. Es ist nicht das erste Mal, daß eine Verwirrung der Ideen dem Unrecht und dem Terror nützt. Ihnen aktiv entgegenzutreten ist die erste Pflicht der Psychiater und all derer, die an den Fragen der psychischen Gesundheit Anteil nehmen - eine Aufgabe, zu der sich ständige, theoretische Prüfung und die Sorge um gedankliche Klarheit in der täglichen Praxis gesellen müssen.